

zur Hauptversammlung der LINKEN Marzahn-Hellersdorf am 09. Oktober 2010

Die soziale Situation von Kindern und Jugendlichen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist durch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in unserem Land geprägt. Der Bezirk unterscheidet sich durch zwei sehr unterschiedliche Siedlungsstrukturen, durch die Großsiedlungen in Marzahn und in Hellersdorf und die Siedlungsgebiete Biesdorf, Friedrichsfelde-Ost, Mahlsdorf und Kaulsdorf.

Im Stadtteilvergleich zeigt sich ein deutliches Süd-Nord-Gefälle. Die Siedlungsgebiete weisen eine deutlich bessere Sozialstruktur auf als die Stadtteile der Großsiedlung.

Insgesamt gibt es im Bezirk ca. 38.000 Familien mit Kindern. Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Familien beträgt 40 Prozent. Der Gestaltungsanspruch der LINKEN im Bezirk und im Land Berlin für eine andere soziale Politik trifft auf eine prekäre Haushaltsnotlage. Das jeweilige Niveau der Arbeitslosigkeit entscheidet auch darüber, welche Stellung eine Region oder ein Stadtteil im innerstädtischen Vergleich und in Konkurrenz zu anderen Territorien hat.

Trotz kommunaler Einflussnahme durch die Unterstützung des bezirklichen Bündnisses für Wirtschaft und Arbeit, zwischen den Akteuren am Arbeitsmarkt vor, den Bemühungen zur Arbeits- und Ausbildungsvermittlung vor Ort und kommunaler Projektarbeit für Arbeit und Ausbildung insbesondere junger Menschen sind 19 Prozent der Erwerbsfähigen von Arbeitslosigkeit und sozialer Benachteiligung betroffen. Die damit verbundene katastrophale wirtschaftliche Lage der Familien hat erhebliche Auswirkungen auf ihre persönlichen Lebensbedingungen. Bei anhaltender Arbeitslosigkeit und sinkenden Realeinkommen besteht die Gefahr, dass es zu einer weiteren Konzentration sozialer Problemlagen in den Großsiedlungen kommt.

Auch wenn die Massenarbeitslosigkeit gesamtgesellschaftliche Ursachen hat, können wir durch Analysen wie die Gesundheitsberichterstattung, Jugendberichterstattung und die Sozialberichterstattung regionale Konzepte zur Entwicklung der einzelnen Stadtteile entwickeln.

Dabei wird sich unsere Politik nicht nur auf Konzepte , sondern vor allem auch auf außerparlamentarische Akteure stützen können. Mit der Bildung sozialer Stadtteilzentren und Nachbarschaftsarbeit, der Unterstützung der Arbeit in den Gebieten mit Quartiermanagement und dem bezirklichen Migrationsozialdienst wurden dabei durch die Kommunalpolitikerinnen und -politiker der LINKEN die Voraussetzungen für diesen Politikansatz geschaffen.